

Graf Mankau, begrüßt vom Präsidium des Departements...
Seine Excellenz hat schon seine Zimmer im Hotel des
Revernois bezogen. Der Empfang für den Minister
war von da gleiches lässiges Korrektheit, die das Zeichen
dieses Tages ist. Im Namen der Regierung habe ich
den Auftrag, die Delegation der deutschen Bevollmächtigten
bei ihrer Ankunft in Versailles zu empfangen und zu begrüßen.
Oberst Genri, der Chef der französischen
Militärmission, wird die Verbindung zwischen den deutschen
Bevollmächtigten und der Regierung der französischen
Republik und den verbundenen Regierungen übernehmen.
Graf Mankau antwortet kurz, daß er in
seinem und im Namen seiner Regierung dankt.
Die Straßen zwischen den drei Hotels, die uns zur
Verfertigung führen, sind nach der kürzigen Stadt abgepflastert.
Es ist die Nummer im Hotel des Revernois, im Hotel
Batel und Hotel Suisse werden verteilt. Herrin, die
schon gestern gekommen sind, erzählen, daß der Rahmen der
„Bewegungsfreiheit“ zur Erfüllung der Aufgabe
sehr eng gezogen sei. Man wird sehen, — ich habe mir
vorgewonnen, seine Meinung vorweg in nehmen.
Wehr als betonte und wieder betonte Korrektheit und
sehr zurückhaltende Höflichkeit habe ich nicht erwartet,
die Haupt von Versailles als Verhandlungsort ergrübt
Verhandlungen. In der Nacht, als ich vom Gedächtnis
erzogen will, komme ich mit einem französischen
Sergeanten ins Gespräch. „Werden Sie nicht
jetzt in den Krieg?“ fragt der Mann mich. „Es sollte Frieden
geben, es würde gut für Sie und für uns auch.“ „Das
hängt ab“, sage ich — er unterrichtet: „Man sollte den
Willen haben auf beiden Seiten.“ Er frustriert leicht auf,
er sehen fällt in die dunkle Straße. „Gute Nacht, mein
Herr!“ „Gute Nacht!“ Im Hotel geht mir ein Kollege
die Nummer des Hotel de Paris, in der die gefürzte
Ankunft der Vorbereitungs-Kommission gelehrt wird,
eine Reihe von Nadelstichen und Nadelstichen mit der Ein-
leitung: „Ankunft der Vorbereitungs-Kommission, die den
Frieden zu unterzeichnen haben wird.“
Man muß warten, ob der vernünftige Sinn sich durch-
setzt oder die Phrase... Rudolf Brandt.

Wilson der Freund Deutschlands!
Von beider Seite erzählt die „Braunschweiger
Landeszeitung“, daß vor wenigen Tagen ein höherer
amerikanischer Offizier eine Unterredung mit einem
der deutschen Regierung nachstehenden Herrn
hatte, in dem er sagte:
„Ich habe aus Gesprächen mit Wilson entnommen,
daß Wilson im Innern seines Herzens nicht daran
denkt, daß die Deutschen die Friedensbedingungen
unterzeichnen werden.“ Wilson sagte:
„Ich bin nun so sehr dieser Ansicht, als die
Friedensbedingungen nicht den von mir angegebenen
14 Punkten entsprechen werden. Sollte der Fall ein-
treten, daß Deutschland die Friedensbedingungen
nicht unterzeichnet, so kann ich sagen, daß ich der
Frieden und Deutschland sein will, und ich weiß
nicht einmal in diesem Punkte mit meinen ameri-
kanischen Freunden. Es würde selbstverständlich die Befrei-
rung der durch die Feinde angehaltenen Lebens-
mittel eine Störung erfahren; dies würde jedoch
jedoch nur vorübergehend sein, da ich keine Sorgen
werde, daß Amerika in die Welt springt.“
Wenn Deutschland es endlich einmal
wagt, den Forderungen die Seite zu
biegen, so ist mir die Arbeit leichter.“
Der höhere amerikanische Offizier äußerte sich dann
in demselben Sinne dahingehend, daß man nie er-
warte könnte, daß Deutschland in allen Be-
ziehungen in ungleicher Lage sein werde. Die
zutunliche Nachgiebigkeit würde in gewissen Kreisen
der Entente (sicherlich in Frankreich) noch
nicht einmal für edel gehalten, sondern man glaube im-
mer noch, daß Deutschland im Verborgenen noch eine
große Armee besitze, um mit dieser plötzlich loszu-
brechen.

Die Rückgabe unserer Gefangenen.
Paris, 1. Mai. Der „Temps“ bestätigt, daß grund-
sätzlich beschlossen worden sei, die nach dem Waffenstillstand
in Frankreich zurückgebliebenen Kriegsgefangenen durch den
Friedensvertrag Deutschland zurückzugeben. Dieses
entspricht sich dem gewöhnlichen Ansehen der Sache
und gelebter Arbeiter nach Frankreich zu schicken,
um die Wiederherstellung der vertriebenen Gebiete
zu fördern.

Die Prüfung der Vollmachten in Versailles
Versailles, 1. Mai. (Neuer). Die deutsche Dele-
gation war heute vormittag bereit, die zur Entgegennahme
der Vollmachtungsarbeiten ernannte Kommission
zu empfangen. Die Zusammenkunft wurde jedoch ver-
schoben.
Hierzu wird noch ergänzend aus Versailles unter dem
1. Mai gemeldet: Im Laufe des gestrigen Tages war dem
Großen Redaktions-Komitee im Auftrag unserer Kameraden
telephonisch mitgeteilt worden, daß heute im Hotel Trianon
die Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen
zur Prüfung der Vollmachten eintriften würde und daß
der Graf Brockdorff-Rosenthau, der deutsche Bevollmächtig-
te, die Vollmachten einbringen wird. Die Zusammenkunft fand
heute mittags 3 Uhr 15 im Hotel Trianon statt. Graf Brock-
dorff-Rosenthau, die Mitglieder der Prüfungs-Kommission
und Kulturrat Schauer als Dolmetscher wurden bei ihrer
Ankunft zu den Delegierten der Gegner geleitet. Bot-
schafter Cambon begrüßte sie mit einer kurzen Ansprache,
in der er die deutsche Prüfungs-Kommission begrüßte, die
Vollmacht zu übergeben. Hierzu fand die gegenseitige
Vorstellung statt. Unter den der deutschen Prüfungs-Kommission
vorliegenden Urkunden sind die von J. L. L. L.,
G. L. L. L. und L. L. L. L. Die Vollmacht des Reiches
ist im Namen des Königsreichs der Serben, Kroaten und
Slawonen ausgestellt. Auf der anderen Seite sind Vollmachten
vorgelegt für Bolivien und Peru, die uns nicht den Krieg
erklärt, sondern nur die Bedingungen mit uns abgebrochen
haben und von dem arabischen Staat Hedjaz, der uns
weder den Krieg erklärt hat, noch von uns als selbständiger
Staat anerkannt ist. Die Vollmacht von Schweden werden
wir nur unter dem Vorbehalt annehmen können, daß die
Beziehungen zwischen diesem Staat und der Türkei in einer
von unsern ehemaligen Bundesgenossen anerkannten Weise

geklärt werden. Auf die Anerkennung der deutschen Voll-
macht darf gerechnet werden. Die Vollmacht der deutschen
Delegation ist eine Generalvollmacht.

Eine Ansprache Legiens.
Paris, 1. Mai. Heute, am 1. Mai, fand eine Zu-
sammenkunft im Hotel des Revernois statt, zu welcher Graf
Brockdorff die gesamte Delegation, sowie das Gefolge
geladen hatte. Hierbei hielt der Vorsitzende der General-
kommission der Gemäßigten Deutschlands, Karl Legien,
eine Ansprache, in der er ausführte: Seit dem Jahre 1890
demonstriert die Arbeiterklasse regelmäßig am 1. Mai für
Arbeitschutz, praktischen Sozialismus, Weltfrieden und
Völkerverbund. Die Anregung zu dieser Kundgebung wurde
durch den internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Kongress
gegeben, der 1889 in Paris stattfand. Kaufmann hat die
Arbeiterklasse einen Teil ihrer Forderungen durchgesetzt.
Die deutsche Regierung hat das Arbeiterrecht-Programm der
internationalen Arbeiter- und Sozialisten-Kongresse in
ihrer eigenen Vorlage für den Friedens- und Völkerverbund
übernommen. Die deutsche Nationalversammlung stimmte
dieser Vorlage zu, so daß aus dem vielmals kämpften Demo-
strationstage das Fest der Arbeit, das National-
fest des deutschen Volkes geworden ist. Hoffen wir,
daß bald die Arbeiterklasse auch aller anderen Länder ihren
Mittag gleichfalls als Siegesfest der Arbeit be-
gehen kann. Dann erst wird das schöne Wort gelten:
„Freiheit und Gleichberechtigung allen denen, die Menschen-
art sind.“

**Entwurf des demokratischen Partei-
programms.**
Der erste Parteitag der Deutschen demokratischen Partei in
Kassel hat die Aufgabe, das Programm der Partei fest-
zulegen. Die Parteiverteilung unterteilt hiermit einen im
Auftrage des Hauptverbandes ausgearbeiteten Entwurf der
öffentlichen Kritik.

I. Vom Staat.
1. Staatsform und Staatsgebiet.
Die Deutsche demokratische Partei bekennt sich zur deut-
schen Republik. Sie erstrebt — unter Berücksichtigung be-
rechtigter Sonderheiten — die Zusammenfassung aller deut-
schen Stämme in einen Einheitsstaat. Fremdsprachigen
Wanderarbeitern ist das Recht auf Erhaltung und Betätigung
ihrer Eigenart verfassungsmäßig zu gewährleisten. Eine Ab-
spaltung von Gebieten oder anderen Bestandteilen
des bisherigen Deutschen Reiches ohne und ohne Einfluß und
freie Willensänderung der Bevölkerung erkennt die Deutsche
demokratische Partei nicht an, ebensowenig einen Raub des
Kolonialbesitzes.

2. Innerstaatliche Gestaltung.
Die Deutsche Republik ist eine demokratische. Alle öf-
fentliche Gewalt gründet sich allein auf den Willen des sou-
veränen Volkes. Der Präsident wird vom Volke gewählt.
Die Minister bedürfen des Vertrauens aus allgemeinen,
gleichen, geheimen und direkten Verhältnisstellen her-
vorgegangenen Volksvertretung. Die Volksvertretung wählt
für besondere Fälle hochgestellten. Die Deutsche demokratische
Partei nennt jede Form der Diktatur von Einzelpersonen,
Bürgerversammlungen oder Massen. Der Gedanke der Weltmacht
unter Träger von dem Volke und in der Verwaltung — ohne
Möglichkeit auf Gleichheit, Stand, Klasse, Beruf oder Religion
— muß das Staatsleben beherrschen. Die Partei fordert
freies Vereins- und Versammlungsrecht für jedermann, sowie
das unbeschränkte Recht der politischen Meinungsäußerung
in Wort und Schrift.

3. Auslandsbeziehungen.
Die Deutsche demokratische Partei verlangt eine aus-
wärtige Politik, getragen von dem Bewußtsein deutscher Würde
und deutschen Rechtes. Die Beziehungen der Völker unter-
einander müssen beherrscht sein nicht von Zwang und Ge-
walt, sondern von Recht und Gerechtigkeit. Gemeinsame
Aufgabe aller Völker ist es, dem kulturellen Fortschritt der
Menschheit und dem Frieden zu dienen. Die Partei legt
sich deshalb ein für einen Bund gleichberechtigter Völker,
für Abschaffung der Geheimverträge, internationale Schieds-
gerichte, gleichmäßige Begrenzung der Rüstungen und die
Freiheit der Meere. Förderung und Schutz deutscher Wirt-
schaft, namentlich über See und in den Kolonien, ist eine
der Hauptaufgaben der auswärtigen Politik. Die Zusammen-
setzung und der Dienst des Ministeriums für auswärtige Ange-
legenheiten und der deutschen Vertretungen im Auslande
sind dieser Aufgabe anzupassen. Wahrung der Interessen
der Auslandsdeutschen und Erhaltung ihres deutschen Wesens
ist nationale Pflicht.

4. Heerwesen.
Die Deutsche demokratische Partei verlangt die Umge-
staltung der Heere entsprechend den Bedürfnissen der Zeit;
das Berufsheerwesen ist hierbei aufrechtzuerhalten. Jedem
fähigen Wehrman ist der Aufstieg aus bis in die höchsten
Stellen zu ermöglichen. Die Wehrman sind außerordentlich
frei in ihrer politischen Betätigung, soweit sie nicht zum
engeren politischen Dienst gehören. Es ist ein einheitliches
Beamtenrecht zu schaffen; Beamtenämtern sollen die all-
gemeinen Interessen der Wehrmannschaft vertreten. Bei Be-
währung erfolgt lebenslängliche Anstellung. Die Arbeits-
und Urlaubzeit der Beamten ist gesetzlich zu regeln. Die
Gehaltslisten sind zu vereinfachen und zu vereinfachen.
Das Disziplinarverfahren ist umzugestalten, die geheimen Be-
sonderheiten kommen in Fortfall. Wehrmannschaften sind
der bisherigen Beamten und Wehrmannschaften sowie ihrer
Familien an den Staat sind unbedingt zu berücksichtigen.

5. Meer und Flotte.
Die Militärangabe ist der Zivilmacht untergeordnet. Die
Deutsche demokratische Partei fordert ein Volksheer, stark
genug, um die Ruhe im Innern und die Grenzen des
Reiches gegen Angriffe zu sichern. Sie verlangt eine Flotte
zum Schutz der Küsten und des Handels. Grundlage der
Wehrmacht muß sich aufbauen auf Manneskraft und gegenseitigem
Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Be-
schränkung und Verengung allein entscheiden über den Aufstieg
zu höheren Dienstgraden. Das Militärstrafrechtssystem ist
nach den Grundätzen der Menschenwürde und Gerechtigkeit
neu zu ordnen.

II. Kulturliche Fragen.
1. Religion und Kirche.
Die Deutsche demokratische Partei verlangt für alle die
Freiheit zur Pflege seiner Weltanschauung und zur Ver-
einigung in Religionsgemeinschaften. Die Staatskirche lehnt

sie ab; sie erkennt jedoch an, daß die Wahrung der Kirchen-
verwaltung von der des Staates nur allmählich herbeigeführt
werden kann unter Wahrung des Kirchenbesitzes und des
Kirchensteuerrechts. Auch nach vollzogener Entstaatlichung
der Religionsgemeinschaften ist ihnen ein Staatschutz ent-
sprechend ihrer kulturellen Würde und Bedeutung zu gewäh-
ren. Jedes Kind empfängt den Religionsunterricht gegen
Konfession in der Schule, aber ohne Benachteiligung gegen
Etern und Lehrer.

2. Kunst und Wissenschaft; Unterricht.
Die Deutsche demokratische Partei bezieht auf völlige
Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, der Kunst
und der Presse. Das Ziel der Schule ist neben dem Erwerb
von Kenntnissen vor allem die geistige Mündigkeit und die
 sittliche Charakterbildung der Jugend auf deutschvolkstüm-
licher Grundlage. Der Unterricht des gesamten Schulwesens
ist eine gemeinsame, für alle verbindliche Grundlage. An
sie schließen sich die mittleren und höheren Schulen sowie
die Hochschulen an, entsprechend den mannigfaltigen Lebens-
berufen und Beranlagungen gegliedert. Soweit Privat-
schulen als Fortsetzung der Grundschulbildung zulässig sind, unter-
liegen sie staatlicher Genehmigung und Aufsicht. Sie unter-
liegen den für das öffentliche Schulwesen gültigen Bestim-
mungen. Die allgemeine Schulpflicht dauert acht Jahre.
Wird ihr ausnahmsweise durch den Besuch der Volksschule
genügt, so verlängert sie sich in Fach- und Fortbildungsschulen
bis zum vollendeten 21. Lebensjahre. Der Unterricht in
den Volks-, Fach- und Fortbildungsschulen ist unentgeltlich.
Besagten Untereichten ist in ihren Anlagen entsprechend
Beförderung durch Bereitstellung öffentlicher Mittel auch für
den Unterricht zu ermöglichen. Über das Schulwesen hinaus
muß der Staat alles tun, um das Verständnis für die Er-
gebnisse wissenschaftlicher Forschung und künstlerischen Wir-
kens in allen Volksschichten zu erwecken und zu vertiefen.

3. Rechtsfragen.
Die Deutsche demokratische Partei fordert eine eingehende
Reform des Rechts unter Gleichstellung der Geschlechter, Ver-
einfachung und Beseitigung der Rechtsverwirrung sowie
Umgestaltung des Strafrechts in neuzeitlichem Sinne. Sie
tritt ein für Aufrechterhaltung eines unabhängigen Berufs-
richtertums, aber unter vermehrter Heranziehung des Laien-
elements zur Rechtsprechung und für die Selbstverwaltung der
freien Rechtsanwaltschaft. Das gesetzliche Eigentum ist mit
Sorg zu schützen. Das gesetzliche Erbrecht für emigrierte
Verwandtschaftsgrade ist zugunsten des Staates einzuschränken.

III. Volkswirtschaft.
1. Aufbau der Wirtschaftsverordnung.
Die Stellung der Deutschen demokratischen Partei zur
Wirtschaftsverordnung wird von der Lebenslage bestimmt,
daß auch auf diesem Gebiete das Interesse der Allgemeinheit
des einzelnen unbedingt vorangeht. Eine demo-
kratische und soziale Ausgestaltung unserer Volkswirtschaft
ist erforderlich. Die Partei hält grundsätzlich am Privat-
eigentum fest. Sie vertritt die untergeordnete Lebensführung
aller Produktionsmittel in die Hände der Gemeinschaft und
hält die Sozialisierung nur dort für berechtigt, wo eine Be-
rührung monopolistischer Herrschaftsverhältnisse notwendig
ist oder wo durch staatlich geregelte Wirtschaft eine Steige-
rung der Produktion erzielt werden kann. Danach ist die
möglichst baldige gemeinwirtschaftliche Verwertung der natür-
lichen Güter, die die Gewinnung und die Gewinnung von
Gütern, die unerschöpflich und nicht in mäßiglicher Ver-
mehrter Menge vorhanden sind, sowie die Übernahme von
Betrieben, die für die Wirtschaft des gesamten Volkes be-
sonders wichtig sind, geboten. Betriebe, die häufig zur
Vergesellschaftung heranziehen, müssen hier zugestimmt werden;
hierbei erforderliche Entschädigungen dürfen nur gegen ange-
messene Entschädigungen erfolgen. Zu jedem Falle aber
ist Ordnung zu treffen, die den Unternehmungsgeist nicht
kürzt, sondern das Interesse aus dem Einzelnen an der
Wirtschaft lebendig erhält. Der persönliche Anreiz und die
in höchste zu stellende Tätigkeit und Tätigkeit selbst
des Unternehmers wie der Arbeiter sind zu bleiben für
den Wiederaufbau und die Entfaltung der deutschen Wirtschaft
unentbehrlich.

2. Finanzwesen.
Die Deutsche demokratische Partei fordert weitgehende
Erfassung der Kriegsgewinne; einer einmaligen Abgabe von
Vermögen zur Deckung der Kriegsschulden stimmt sie zu.
Die progressive Besteuerung der Vermögen, Einkommen und
Einkünfte auf der Ehegatten und Nachkommen ist geboten.
Bei der Vermögens- und Einkommenbesteuerung sind die kleinen
Vermögen gänzlich freizulassen, der Familienstand und die
Erwerbsfähigkeit der Steuerpflichtigen sind stets zu berück-
sichtigen. Hundertes Einkommen ist grundsätzlich höher zu
besteuern als Arbeitseinkommen. Der Steuerhaushalt muß weitaus
entgegengetreten werden.

3. Sozialpolitik.
Die Deutsche demokratische Partei tritt ein für umfassende
Umgestaltung der sozialen Frage und vertritt in einer
entsprechenden Sozialpolitik das beste Mittel zur Lösung und
Stärkung der deutschen Volkswirtschaft. Sie verlangt insbesondere
Schutz der arbeitenden Frauen, Männer und Jugendlichen,
Beschäftigung der Arbeiter, Arbeiter- und Jugendvereine, Volks-
und Arbeitsvereine. Besondere Berücksichtigung bedürfen
die gerechten Ansprüche der Kriegsbeschädigten und der Wit-
wenlebens der Kriegsgesessenen. Die Schaffung ausreichender
und gesunder Wohnungen in Stadt und Land ist eine
Lebensfrage für unser Volk. Sie ist unentbehrlich von einer
sozialen Lösung der Bodenfrage, die keinen Ausschlag darüber
diese muß den deutschen Boden ungefährdeter Spekulation en-
geln. Die Deutsche demokratische Partei erklärt sich für
den Aufwandsersatz und ausreichenden Urlaub aller in
Gabel und Industrie Beschäftigten. Damit die hierbei ge-
botene Maßnahme auf den Wehrmann am Weltmarkt
nicht zum Hemmnis sozialen Fortschritts wird, verlangt die
Partei Vereinbarung eines zwischenstaatlichen sozialpolitischen
Richtlinienprogramms.

4. Arbeitsschutz.
Alle Arbeitsverhältnisse, einschließlich der Lohn- und So-
zialfragen, sind so zu regeln, daß die Leistungskraft der
deutschen Volkswirtschaft gefördert wird. Die politische Frei-
heit und Gleichberechtigung aller Volksgenossen ist unentbehr-
lich mit wirtschaftlicher Freiheit und Abwandsersatz. Die
Deutsche demokratische Partei fordert deshalb neben der poli-
tischen auch die wirtschaftliche Demokratie. Sie tritt ein
für Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes auf der
Grundlage der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Ar-
beitnehmer. Die Organisationen der Arbeitgeber und Ar-
beitnehmer erhalten gesetzliche Anerkennung und werden aus-
sammen bei tarifmäßiger Vereinbarung und schiedsgerich-
tlicher Schlichtung aller das Arbeitsverhältnis betreffen-

Streitigkeiten. Die ununterbrochene Fortsetzung der Arbeit in gemeinsamen Betrieben ist eine öffentliche Angelegenheit. Die Interessen der Arbeitnehmerschaft in diesen Betrieben sind durch besondere Rechtsverordnungen vor jeder Veränderung zu beschützen. Der Rat der Arbeitsschlichter ist durch Schaffung einer Arbeitslosenversicherung zu steuern. Jeder Arbeitsschlichter hat über die Arbeit anzunehmen, die seinen körperlichen oder geistigen Kräften entspricht. Die Angelegenheiten der Heim-, Land- und Forstwirtschaft sowie der Hausangestellten sind nach ähnlichen Gesichtspunkten zu regeln, wie sie für Industriearbeiter gelten. Die Frauarbeit ist bei gleicher Leistung grundsätzlich der Männerarbeit gleich zu entlohnen. Arbeitnehmerschaft als allgemeine Vertretung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaftsordnung erscheinen zulässig. Gemeinsam mit den Vertretern der Arbeitgeber regeln sie die allgemeinen Produktionsbedingungen. Zu ihrem Aufgabengebiet gehört es, Anträge oder Gesetzentwürfe sozialpolitischer Art an die gesetzgebenden Körperschaften einzureichen, sowie bei der Durchführung solcher Gesetze und der Ausarbeitung ihrer Ausführungsbestimmungen mitzuarbeiten. Die Übertragung von politischen Befugnissen auf diese Wirtschafts-körperschaften würde dem Grundgesetz, das demokratische Politik nicht Interessensvertretung, sondern Interessenausgleich ist, widersprechen und wird deshalb von der Partei abgelehnt. Im Rahmen des Arbeitsrechts ist ein einheitliches Angelegenheitsrecht zu schaffen, das den besonderen Bedürfnissen der Angestellten Rechnung trägt. In größeren Betrieben sind Angestelltenvereine zu bilden, in kleineren Vertrauensmänner der Angestellten zu wählen. Die besondere Wahl der Angestelltenvertreter in Verteilungsbetrieben ist durch die Angestellten zu entscheiden. Eine ihrer Hauptaufgaben ist die Wirtschaftsprüfung entsprechend der Eigenart und dem Umfang der Betriebe. Besondere Angestelltenräte sind zu errichten. Die für die Angestellten geschaffenen Einrichtungen (z. B. Versicherung, Kaufmannsgericht, Stellenvermittlung) sind zu erhalten und zu erweitern. Der wirtschaftliche Erfolg ihrer erfindungsreichen Tätigkeit ist den Angestellten zu sichern.

5. Mittelstand.

Handwerk und Kleinhandel haben in einer gelunden Staats- und Wirtschaftsordnung ihren berechtigten Platz. Die Handwerksarbeit des Großbetriebes muß durch die persönlichen Leistungen des Kleinbetriebes ihre Ergänzung finden. Die Handwerksaufsicht der durch den Krieg besonders schwer geschädigten Kleinbetriebe ist durch Zusage von Aufträgen, Kredit und Nachhilfen sowie durch Berücksichtigung bei staatlichen Verordnungen zu erleichtern. Den Kleinbetrieben sind durch verbesserte Organisation die wirtschaftlichen Vorteile des Großbetriebes nach Möglichkeit zu gewähren. Die beruht auf Selbstverwaltung, der freiwirtschaftliche Ausbau der Handwerkskammern und der Innungen ist in die Wege zu leiten. Das öffentliche Beschaffungswesen ist auf der Grundlage des angemessenen Preises und unter Berücksichtigung der Wirtschaftsgüte des Handwerks neu zu ordnen. Die technische und kaufmännische Leistungsfähigkeit des Handwerks muß geboten, die Mitwirkung seiner Berufsvertretungen im Reich- und Fortbildungsausschüssen erweitert werden.

6. Landwirtschaft.

Die Deutsche demokratische Partei ist sich der besonderen Bedeutung einer blühenden Landwirtschaft für unser Volk bewußt. Sie unterstüzt daher freudig alles, was zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft und zur besseren Ausnutzung des deutschen Bodens beizutragen geeignet ist. Ein jährlicher selbständiger Bauernanbau ist für die Erhaltung der deutschen Volkstrost unentbehrlich. Ihn gilt es daher zu festigen, zu vermehren und eine gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben zu erreichen. Zur Durchführung einer großartigen Siedlungsaktion ist staatliche und privater Großgrundbesitz in Anspruch zu nehmen. Auch dem Landarbeiter muß der Erwerb von Eigentum erleichtert werden. Alle Bodenarbeiten, insbesondere Aboformnisse, sind zu befestigen. Die veraltete Bodenklasseneinteilung ist nachzubereiten, die gleiche Bodenqualität in Klein- und Großbetrieben gleichmäßig zu betonen. Die großen Staats- und Privatforsten sind bis zur Zweifelhafteinzigung nutzbar zu machen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist nachdrücklich zu pflegen und auszubauen.

Die Münchener Residenz befehzt.

Stuttgart, 1. Mai. (Sonner-Zeitung.) Bei der Staatsregierung ist folgender Einpruch aus München eingegangen: Heute abend ist als erste Regierungstruppe die 3. Infanteriebrigade der 10. Armee in München unter Führung von Leutnant Sägemüller unter Kampf in die Residenz eingezogen. Die Residenz ist befehzt.

Auch der Ostbahnhof München in Hand der Regierungstruppen.

Bamberg, 1. Mai. Nach Mitteilungen des Oberbundespräsidenten in Ansbach befindet sich Rosenheim, Bayreuth und der Ostbahnhof München in den Händen der Regierungstruppen.

Am 30. April nachmittags wurde auch Dachaun von Regierungstruppen genommen. Es fielen einige Gefangene in unsere Hand. Die Verluste der Regierungstruppen sind 4 Mann tot, darunter ein Offizier. Misch und Karsfeld wurden ebenfalls von Regierungstruppen befehzt.

Nach einem amtlichen Bericht der Gruppe Epp wurde der Bahnhof Wesshofen nach kurzem Kampf genommen. Die Spezialisten hatten zwanzig tote und zwei Schwerverwundete. Beerdigung wurde ohne Kampf befehzt. Ein Widerstandswort und zahlreiche Handwaffen wurden erbeutet. Die Geländeerluste der Spezialisten betragen etwa 50 Mann. Keine eigenen Verluste.

Münchener Verhandlungsangebot.

Bamberg, 1. Mai. Ein am 30. April abends aufgenommenes Telegramm aus München lautet: Neuer Aktionsausfluß zusammengetreten. Wünftig in Verhandlung einzutreten. Stellt Waffenhandlungen abgelehnt. Wir stellen dies ab, wenn Truppen der Regierung Hoffmann das Reichsgebiet der

Stadt nicht betreten, da der Aktionsausfluß keine Garantie übernehmen kann, daß der Einmarsch nicht zu einem blutigen Straßenkampf wird.

Die Antwort der Regierung Hoffmann lautet darauf: Bedingungen unannehmbar. Regt Waffen nieder! Jeder Widerstand ist nutzlos. Regierung Hoffmann.

Weitere Erfolge der Regierungstruppen in München.

München, 2. Mai. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: München wurde nach Kampf befehzt. Vorderer und Hinterer wurden festgenommen. In München sind Regierungstruppen von Osten her bis zum Maximilianer und teilweise noch weiter vorgedrungen.

Der Reichsleiter der „Münchener Postzeitung“ meldet aus Pasing am 1. Mai, 10 Uhr abends: Preussische Truppen sind heute von Norden her in München eingedrungen. Bis zum Abend wurde das Kriegsministerium, die Residenz und das

Wittelsbacher Palais befehzt. In der Stadt sind noch in der Umgebung des Bahnhofs und des Karlsplatzes heftige Straßenkämpfe statt. Eine in der Stadt gebildete Sicherheitswehr hat in die Kämpfe eingegriffen. Es befehzt sich, daß die

Verzehrung der roten Armee große Fortschritte gemacht hat. Aus den Häusern ist teilweise auf die Markgrafen geschossen worden. Ein heute morgen von der kommunistischen Regierung verbreiteter Anschlag teilt mit, daß von den

verhafteten Geiseln verschiedene Persönlichkeiten, darunter Geheimrat Baderlein, Professor Lind, Fürst Albert von Thurn und Taxis mit Gemahlin, Fürst Wrede usw.

erfahren worden sind. Eine Befreiung dieser Meldung ist nicht zu erwarten. Die telefonische Verbindung mit München ist teilweise wieder aufgenommen worden.

Hindenburg tritt zurück.

Telegrammwechsel zwischen dem Reichsmarschall und dem Reichspräsidenten.

Berlin, 1. Mai. Aus Anlaß der bevorstehenden Friedensverhandlungen hat der Generalfeldmarschall von Hindenburg an den Reichspräsidenten Ebert folgenden Schreiben gerichtet:

Herr Präsident! Der Beginn der Friedensverhandlungen veranlaßt mich, Ihnen jetzt der Reichsregierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: Ich bin im Wechsel der Zeiten an der Spitze der Obersten Heeresleitung geblieben, weil ich meine Pflicht darin sah, dem Vaterlande in seiner höchsten Not zu dienen. Ich bin der Besorgnis gewiss, daß ich nicht mehr die Aufgabe für erfüllt. Mein Wunsch, mich nun ins Privatleben zurückzuziehen, wird bei meinem hohen Alter allgemein verständlich werden, umso mehr, als es ja bekannt ist, wie schwer es mir meine Umstände und meine ganzen Berufspflichten und Vergangenes nach geworden ist, in der jetzigen Zeit mein Amt weiter auszuüben.

gez. von Hindenburg.

Der Reichspräsident hat hierauf dem Feldmarschall folgenden Bescheid erlassen: Ihre Generalfeldmarschall! Von Ihrem Entschluß, nach Unterzeichnung des Vertrages die Spitze an der Spitze der Obersten Heeresleitung zurückzutreten, als ich Ihre Bitte in Kenntnis genommen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß Sie in der höchsten Verantwortung des Vaterlandes während des Krieges und in jeder Zeit unter großer Aufopferung geleistet haben. Die Anerkennung des Vaterlandes dankt den deutschen Völkern auszusprechen. Daß Sie auch in den Zeiten schwerer Not in Treue an Ihrem Vaterland ausgeharrt und dem Vaterlande Ihre Berufspflichten zur Verfügung gestellt haben, wird Ihnen das deutsche Volk niemals vergessen.

gez. Ebert.

Die Bolschewisten räumen Petersburg.

Amsterdam, 1. Mai. „Times“ melden, daß Petersburg von den Bolschewisten geräumt wird. Die Bolschewisten halten die Einnahme von Kiew durch die Finnen vor der Bevölkerung von Petersburg geheim. Die Finnen erwarten den Fall Petersburgs mit Bestimmtheit innerhalb weniger Wochen.

Deutsches Reich.

Die Draht-Verbindung mit Versailles. Die telegraphische und telefonische Verbindung mit Versailles ist sehr unzulänglich. So daß die deutsche Presse wahrheitsgemäß nicht allzu schnell unterrichtet werden kann. Es besteht nur eine Fernschreibleitung Versailles-Berlin, eine andere Fernschreibleitung Versailles-Greifswald, die wahrscheinlich die am meisten benutzte sein wird. Vom Eisenbahn können die Telegramme direkt in Berlin im Hause der Friedenskonferenz angekommen werden.

Aus dem Reichsfeindungsgefecht.

Aus dem nunmehr der Nationalversammlung Angehörigen Entwurf des Reichsfeindungsgefechtes seien folgende Bestimmungen wiedergegeben:

- a) Vereinfachung von Staatsbörnanen.
- Staatsbörnanen sind bei Ablauf des Nachtrages dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zu höchstens dem Ertragswerte zum Kauf anzubieten, soweit nicht ihre Er-

haltung im Staatsbesitz für Unterrichts-, Verkehrs- oder andere Zwecke öffentlicher oder volkswirtschaftlicher Art notwendig ist. Bei der Schätzung des Wertes sollen ortsbereichende Verhältnisse, die auf außerordentliche Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden.

b) Berechtigung von Moor- und Dehland. Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen ist berechtigt, unbewirtschaftete oder im Wege der dauernden Brennholzkultur oder zur Fortsetzung verlassener Moor- oder anderer Dehland für die Siedlungs- oder in Erhaltung zu übernehmen. Als Entschädigung ist der kapitalisierte Reinertrag zu gewähren, den das Land unter verbesserterem Zustande hat. Die Entschädigungsbeträge sind dann eine höhere Entschädigung festsetzen, wenn besondere Verhältnisse dies als angemessen erscheinen lassen. Im übrigen bleibt die Regelung der Entschädigung einschließlich der Rechtsbehelfe gegen die Festsetzung der Entschädigung den Bundesstaaten vorbehalten.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Inhalt in Halle. Der 1. Mai brachte wieder besonderen Sport. Wie zu erwarten, hatte sich zu dem internationalen Spiele Halle 96-Minnesota Berlin eine stattliche Zuschauermenge eingefunden. Aber man wurde sehr enttäuscht. Die Hallesker, die nur für Santele Spiel hatten, ließen wieder ein recht mühsames Spiel. Von der Mannschaft konnte höchstens Förderer, Köpf, Giesler, Tannenberg und vielleicht noch Ehrlich gefeilt. Wierera dagegen spielte in ihrer Gesamtheit ein frühes Spiel. Der Tormann Weber, der verlebteste tollere Sachen hielt. Der Spielerlauf sah 96 in der ersten Halbzeit mit Wind leicht überlegen. Wieder zeigte sich, besonders in höherer Not. Der Gesamtmeister konnte keine Halbesker nur in einigen Augen ausrichten. Mählich kam auf Berlin an und konnte entstehen. Wenige Minuten später hat Tannenberg einen Schuß des Berlin-Verwechslenden, und der Spieler mußte sich in die Tücher werfen. Ein Schuß des Tormanns, der nicht auf dem Tor stand, brachte durch Schützler den Torschütz. Nach dieser Zeit 96 wieder zurück nach Berlin nach. Minuten brachte ein weiteres Tor. Tannenberg, Tannenberg und Sieg. 96 kam nur noch leicht auf dem Tor, mußte sich vielmehr auf die Verteidigung beschränken. Mit 2:1 errang Berlin somit einen verdienten Sieg.

Recht mögen Enns brachte das Nachschickungsunternehmen Spiel Sportfreunde-Sportverein u. 96. Mit 6:2 besetzten die über die Oberhand. Bis zur Halbzeit hatten die Sportfreunde den Wind zum Bundesgenossen und hielten das Spiel offen. Nachdem mit 2:2 die Seiten gewechselt worden waren, wurden die 96er überlegen und erzielten in regelmäßigen Abständen vier weitere Tore, während Sportfreunde leer ausgingen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Neue Lohnbewegung im halleischen Braunkohlengebiet.

50 Prozent Lohnerbhöhung. Vom halleischen Bergwerksverein sind uns mitgeteilt, daß nur kurzem vom Bergarbeiter-Verband neue Lohnforderungen gestellt worden sind, die auf eine Erhöhung von etwa 50 p. h. hinauslaufen. Die Öffentlichkeit ist darüber unterrichtet, daß die letzte im November 1915 vereinbarte Lohnvereinbarung eine seitens der Regierung genehmigte bestehende Preissteigerung der Braunkohlengüter zur Folge hatte, um die Werte vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Trotz dieser außerordentlichen Preissteigerung, die jedes Eingeständnis der Bevölkerung trifft, ist die finanzielle Lage vieler Werke zu bedauerlich, daß ihre Vertreter mit schwerer Sorge in die Zukunft blicken. Dazu kommt noch, daß die Beziehungen in Mann und Schicht seit November vor. So ist in einer gleichmäßigen nachgehenden Kurve hervorgehoben. Zudem man die Förderung an Kohlen und die Ertragssteigerung auf künstliche auf dem Braunkohlenerwerb beschäftigte Arbeiter an, so ergibt sich in Mann und Schicht eine Leistung von

Oktober 1915	3.50 Tonnen Kohle,	6.75 Tonnen Bricket
November 1915	3.85 Tonnen Kohle,	6.60 Tonnen Bricket
Dezember 1915	2.70 Tonnen Kohle,	0.48 Tonnen Bricket
Januar 1916	2.41 Tonnen Kohle,	0.43 Tonnen Bricket
Februar 1916	2.13 Tonnen Kohle,	0.39 Tonnen Bricket

Die Mitglieder des halleischen Bergwerksvereins sind daher nach eingehender gewissenhafter Prüfung angelehrt der Notlage der Industrie dem Bergarbeiter-Verband antworten müssen, daß die Industrie eine weitere Belastung nicht ertragen kann, wenn nicht die Arbeiterentschuldung ist und die gesamte Volkswirtschaft der Notlage überlassen ist. Sie haben erklärt, daß sie einer Verhandlung über die genannten Vorläufe nicht überzreden würden. Für den Fall jedoch, daß der Bergarbeiter-Verband in der wirtschaftlichen Lage der Beschäftigten die Voraussetzung für eine Lohnverbesserung erfüllen sollte, halten sie anheim, mit den weiteren Stellen der Reichs- und Staatsregierungen sich in Verbindung zu setzen, deren Aufgabe es sein würde, die neuen Ansprüche, die der schwer dantender liegende Industrie gestellt werden, zu prüfen.

Stettin, 1. Mai. Die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent gegen 11 Prozent in Berlin.

Stettin, 1. Mai. Die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent gegen 11 Prozent in Berlin. Die G. W. Leipzig die Dividende auf 17 Prozent ist und würde den Geh. Inhabern der Dividende und den Geh. Oberbürgermeister von Althaus sowie Dr. Sintenis (Berliner Handelsgesellschaft) und Dr. Wilhelm Schwarzbach (Darmstädter Bank) in den Aufsichtsrat. Infolge Kohlenmangels und Arbeitsvermerklungen erfuhr trotz geistlicher Anträge der Umkehr bisher einer Abkündigung von 30 Prozent.

Wetterbericht der „Saale-Zeitung“.

Sonnabend, 2. Mai: Fortwährend auflockernd, heute wieder Regen, mild.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heilmann, für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Berlin, Daniel, Eugen, Wilhelm, für Sport- und Gesellschaftsberichte, Dr. Carl Heilmann, für die Nachrichten, Dr. Carl Heilmann, für den Anzeigen-Teil, Otto Heilmann, Druck und Verlag von C. Heilmann.

Zur Erhaltung eines kräftigen körperlichen Zustandes, in welchem gesundes, reiches Blut eindringlichst empfohlen.

Leciferrin-Tabletten Wirkung hervorrhend.

Preis Mk. 3.— in Apotheken.



